

Nachhaltiges Wachstum statt Überhitzung

Chinas ökonomischer Transformationsprozess steht vor neuen Weichenstellungen

Sven Bernhard Gareis



Sven Bernhard
Gareis

Zusammenfassung

Dreißig Jahre nach Beginn seines Transformationsprozesses hat sich China fest in der Spitzengruppe der Weltwirtschaft etabliert. Durch tiefgreifende Reformen gelang es Deng Xiaoping und seinen Nachfolgern, das Chaos und die Rückständigkeit der Mao-Ära zu überwinden und eine atemberaubende Aufholjagd zu starten. Vornehmlich gestützt auf seine industrielle Produktion kann China eine dramatische Reduktion der Armut sowie in einigen Bereichen der Bevölkerung auch erhebliche Steigerungen des Wohlstandes verzeichnen. Doch das chinesische Wunder hat auch seine Schattenseiten, die sich in einer gewaltigen sozialen Polarisierung, fortschreitender Umwelterstörung und ausgreifender Korruption zeigen. Chinas Führung um Hu Jintao wird daher um Weichenstellungen in Richtung sozialen Ausgleichs, ökologischer Nachhaltigkeit und politischer Partizipation nicht umhinkommen.

Im Jahr der Olympischen Spiele von Beijing sonnt sich die Volksrepublik China in ihren Erfolgen: Nach mehr als zwei Jahrzehnten dynamischen Wachstums konnte sie im Vorjahr mit 11,4 Prozent wiederum eine zweistellige Steigerung ihres Bruttoinlandsproduktes auf nunmehr rd. 2,9 Billionen US-Dollar verzeichnen. Damit dürfte sie 2008 Deutschland von Platz Drei der weltgrößten Volkswirtschaften verdrängen, selbst wenn die Weltbank das Wachstumspotenzial der chinesischen Wirtschaft etwas abgeschwächt bei nur 9,6 Prozent im Jahresverlauf sieht.¹ Als Handelsnation mit rasant wachsenden Überschüssen in der Export-Import-Bilanz (262 Mrd. US-Dollar bei einem Gesamtvolumen von 2,21 Billionen US-\$ in 2007) wird China von Deutschland wohl auch den Titel des Exportweltmeisters übernehmen. Mit über 1,5 Billionen² US-\$ verfügt China nicht nur über die weltweit größten Devisenreserven, sondern zugleich über ein strategisches Instrument zur Verfolgung seiner politischen Interessen. So ist China etwa längst Großgläubiger auf den US-Finanzmärkten und schickt sich an, sich als Alternative zu den klassischen multilateralen Finanzinstitutionen in der Entwicklungszusammenarbeit vor allem in Afrika zu etablieren. Anfang 2008 wurde zudem der an der Beijing-Universität lehrende Wirtschaftswissenschaftler Justin Yifu Lin zum Chefökonom der Weltbank berufen, ein „top economic strategist of Communist China“, von dem sich deren Präsident Robert Zoellick spezifische Erfahrungen aus der Transformation von Entwicklungslän-

dem erwartet.³ Chinas Erfolgsmodell soll demnach auch in anderen Ländern und Regionen Schule machen.

Tatsächlich steht China knapp dreißig Jahre nach Beginn seines Reformprozesses glänzend da, hat den Sprung vom rückständigen Entwicklungsland in die Spitzengruppe der Weltwirtschaft geschafft. Zugleich aber treten auch immer deutlicher die belastenden Begleiterscheinungen dieses rasanten Aufholprozesses zutage, die ein einfaches Festhalten an den bisherigen Strategien und Konzepten verbieten. So hinkt die soziale und politische Modernisierung der wirtschaftlichen weiterhin stark hinterher, die Schere zwischen Arm und Reich, Land und Stadt schließt sich nicht, sondern geht weiter auseinander. Den ökonomischen Gewinnen der letzten Jahrzehnte stehen dramatische ökologische Kosten durch die fortschreitende Umweltzerstörung gegenüber. Eine ausufernde Korruption hat sich wie Mehltau über die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen gelegt und erschwert die Durchsetzung von Rechtsvorschriften und Reformansätzen. Einige dieser Begleiterscheinungen sind bereits in der einseitigen wirtschaftspolitischen Ausrichtung auf eine kapital- und ressourcenintensive Industrialisierung als Wachstumsmotor angelegt. Andere haben ihre Wurzel im Festhalten der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) an ihrem zentralistischen und autoritären Führungsanspruch, der mangelhaften Bindung politischen Handelns an Rechtsstaatlichkeit und Rechenschaftspflicht und schließlich der Verweigerung erweiterter gesellschaftlicher Partizipationsrechte.

Um ihr Potenzial in der Weltwirtschaft auch weiterhin ausbauen zu können, wird die Volksrepublik also um eine Reihe von Adjustierungen ihres bisherigen Kurses nicht umhinkommen; eine Reihe von Maßnahmen und Initiativen sind auch bereits auf den Weg gebracht worden. Der vorliegende Beitrag untersucht die Voraussetzungen und Faktoren für Chinas wirtschaftlichen Aufschwung nach Überwindung der katastrophalen Hinterlassenschaften der Mao-Ära, geht auf die Grenzen ein, an die der bisherige Kurs geführt hat und zeigt Wege zu mehr Nachhaltigkeit bzw. sozialer Ausgewogenheit als Voraussetzungen für ein dauerhaftes Wachstum auf.

1. Mao Zedongs Erbe

Als Mao Zedongs 37jährige Herrschaft über China am 9. September 1976 mit seinem Tod zuende ging, hinterließ er ein durch fortdauerndes politisches Chaos, wirtschaftliche und technologische Rückständigkeit sowie eine selbstgewählte politische Isolation ruiniertes Land. Dabei hatten nach Gründung der Volksrepublik am 1. Oktober 1949 die politischen und wirtschaftlichen Zeichen zunächst auf Konsolidierung und Aufbau gestanden: Die ‚Befreiung‘ Chinas durch die KPCh sollte dem von einer einhundertjährigen Abfolge von Kriegen, semikolonialen Landnahmen durch fremde Mächte sowie einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg geschundenen Volk den Weg in eine stabile Zukunft weisen.⁴

Ökonomische Fehlentwicklungen

Allerdings verwandelte Mao das Land binnen weniger Jahre in einen zentralistischen totalitären Einheitsstaat, der sich unter intensiver Unterstützung durch die verbündete Sowjetunion rasch am Modell einer sozialistischen Planwirtschaft zu orientieren begann. Der Anfang 1953 gestartete erste Fünf-Jahres-Plan sah eine radikale Modernisierung des Landes durch Hinwendung zur Schwerindustrie nach sozialistischem Vorbild vor: Stahlproduktion, Lastwagen-, Traktoren und Maschinenbau, Elektrifizierung, Chemiefabriken. Wie Seitz (2000: 160) festhält, gingen 90 Prozent der Investitionen des Plans in die Industrie und nur zehn Prozent in die Landwirtschaft. Von den Industrieinvestitionen floss wiederum nur etwas mehr als ein Zehntel in den Konsumgüterbereich, die große Masse dagegen in den Anlagenbau der Schwerindustrie, deren Wachstum um jeden Preis das zentrale Ziel chinesischer Wirtschaftspolitik unter Mao war (vgl. Saich 2004: 233).

radikale
Modernisierung des
Landes durch
Hinwendung zur
Schwerindustrie

Diese Strategie, an deren Grundmuster die Volksrepublik bis in die späten 1970er Jahre festhielt, war durch gravierende Entwicklungshemmnisse gekennzeichnet: Der kapitalintensive Ausbau der Schwerindustrie in riesigen Staatsunternehmen (*state-owned enterprises*, SOE) vollzog sich zulasten der seit 1955 wieder zwangskollektivierten Landwirtschaft, die mit der Ernährung der Städte immer wieder überfordert war – und in der 80 Prozent der chinesischen Bevölkerung faktisch auf Subsistenzniveau um ihr Überleben kämpfen mussten. Die Industrie wuchs zwar dynamisch, konnte aber nur unzureichend produktive Arbeitsplätze für eine sich noch rascher vergrößernde Gesellschaft bereitstellen. Ein großer Teil der Absorption neuer Arbeitskräfte vollzog sich durch das Aufblähen des Personalbestandes der SOEs. Die bewusste Vernachlässigung von Dienstleistung und Handel verhinderte die Entstehung von Arbeitsplätzen in diesen Sektoren (vgl. Naughton 2007: 80f.). Diese Entwicklung führte insgesamt zu real sinkenden Löhnen, was in Verbindung mit einer ebenfalls absichtlich klein gehaltenen Konsumgüterproduktion dazu führte, dass der Lebensstandard der chinesischen Gesellschaft über zwei Jahrzehnte auf äußerst bescheidenem Niveau stagnierte. Der Rückzug aus den weltwirtschaftlichen Verflechtungen und die fast exklusive handelspolitische Hinwendung zur Sowjetunion und der sozialistischen Welt wiederum hatte einen weitgehenden Verlust der Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte zur Folge.

Ausbau der
Schwerindustrie
zulasten der
zwangs-
kollektivierten
Landwirtschaft

bewusste
Vernachlässigung
von Dienstleistung
und Handel

fast exklusive
handelspolitische
Hinwendung zur
Sowjetunion und
der sozialistischen
Welt

Politische Steuerung der Wirtschaft

Diese Hemmnisse waren Ausdruck einer politischen Ordnung, in der Allokationsentscheidungen zu allen wesentlichen ökonomischen Faktoren von Kapital über Ressourcen und Energie bis hin zur menschlichen Arbeitskraft in den Händen Maos und seiner unmittelbaren Umgebung lagen. Ideologisch motivierte abrupte Richtungswechsel und blutig ausgetragene Machtkämpfe innerhalb der KPCh führten in politische Instabilität und zu einer raschen Wechselfolge von wirtschaftlicher Erholung und Katastrophen. Die ‚Hundert-Blumen-Bewegung‘, mit der die skeptischen Intellektuellen Chinas in den Aufbauprozess des Landes einbezogen werden sollten, endete 1955 mit Verfolgung und Tod zehntausender Fachleute. Der ‚Große Sprung nach Vorn‘ (*da yue jin*), mit dem Mao den Schwächen des sowjetischen Modells eine umfassende Industrialisierung im ländli-

Hundert-Blumen-
Bewegung

Große Sprung nach
Vorn

Große Proletarische
Kulturrevolution

chen Raum erzwingen wollte, führte 1958-1960 zum Zusammenbruch der Landwirtschaft und zog eine dreijährige Hungerperiode nach sich, der zwischen 20 und 30 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Nach einer kurzen Phase der Erholung und seinem Rückzug in die zweite Reihe der chinesischen Politik kehrte Mao Zedong mit der von ihm entfesselten Großen Proletarischen Kulturrevolution (*wuzhanjieji wenhua da geming*) an die Macht zurück und stürzte China in das Chaos der ‚zehn verlorenen Jahre‘.⁵

Allerdings war auch in der Mao-Ära mit ländlichen Betrieben (Vorformen der später sog. *township and village enterprises*, TVE) oder mit Ansätzen marktorientierter Landwirtschaft experimentiert worden und konnten gerade in den südöstlichen Küstenregionen Erfahrungen und Kontakte mit ausländischen Wirtschaftspartnern aufrechterhalten werden. Nach Maos Tod konnten Deng Xiaoping und seine Reformkräfte also an einigen Konzepten und Ideen anknüpfen.

2. Deng Xiaopings Reformen

Politik der Öffnung
zur Welt

Nach einem zweijährigen Machtkampf mit Maos Nachfolger Hua Guofeng konnte sich Deng Xiaoping im Dezember 1978 auf der historischen 3. Plenarsitzung des 11. Zentralkomitees der KPCh mit seinem Programm zu grundlegenden Strukturreformen (*gaige*) und einer Politik der Öffnung zur Welt (*kaifang*) als Partei- und Staatsführer durchsetzen. Dieser Wechsel markiert den entscheidenden Wendepunkt in der chinesischen Politik: Deng hatte sich bereits in den 1950er und 1960er Jahren als unideologischer Pragmatiker profiliert, war mit Thesen wie ‚Die Wahrheit in den Tatsachen suchen‘ oder mit seiner berühmten ‚Katzentheorie‘⁶ wiederholt mit Mao über dessen erratische Politik in Konflikt geraten, mehrfach entmachtet und zu Beginn der Kulturrevolution in ein Arbeitslager verbannt worden.

Es ist ehrenvoll reich
zu werden

Deng und seine Mitstreiter vom pragmatischen KP-Flügel wie Hu Yaobang, Zhao Ziyang, oder Li Xiannian standen jedoch nicht nur vor einer disparaten ökonomischen Situation, sondern sahen sich nach den dramatischen Verwerfungen, die Maos Dauerrevolution in Land und Bevölkerung verursacht hatte, vor allem mit der Gefahr einer rasanten Erosion der Legitimation des Herrschaftsanspruchs der KPCh konfrontiert. Die von der neuen Führung unter der Parole ‚Es ist ehrenvoll reich zu werden‘ eingeleiteten Wirtschaftsreformen, die zu einer spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung führen sollten, waren somit auf das Engste mit dem Überleben des politischen Systems der Volksrepublik verknüpft.

Experimentelle Reformen

In dieser Situation mussten die Reformen dort ansetzen, wo die große Masse der Menschen lebte, auf dem Land. Bereits auf der oben erwähnten 3. Plenarsitzung beschloss das Zentralkomitee, die zwangskollektivierten Landarbeiter von den Belastungen hoher Pflichterträge zu niedrigen Preisen zu befreien und ihnen die Möglichkeit zum eigenverantwortlichen Wirtschaften zu eröffnen. Dazu wurden

schrittweise die Kollektive aufgelöst und das Land zur Bewirtschaftung an die Bauern zurückgegeben, wobei der Staat indes Eigentümer blieb. Diese *de-facto-Privatisierung* erlaubte es den Bauern, ihre über die zu festen Preisen aufgekauften Planleistungen hinaus hergestellten Produkte selbst zu vermarkten. Die Folge war ein rasanter Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion, durch den binnen drei Jahren die notorischen Versorgungsengpässe der zurückliegenden Jahrzehnte in Überschüsse verwandelt wurden. Zudem ließ die höhere Produktivität in der Landwirtschaft mehr Raum für die Arbeit in den TVEs, die sich – frei von Planvorgaben – ebenfalls rasant entwickelten (vgl. Naughton 2007: 272f.). Bis in die 1990er Jahre hinein war die Entwicklung auf dem Land eine wesentliche treibende Kraft des chinesischen Reformprozesses.

de-facto-Privatisierung

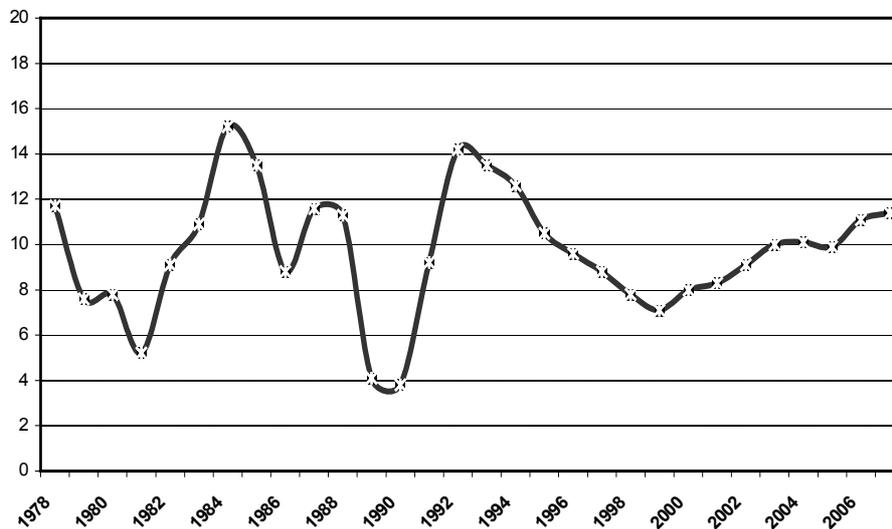
Das auf dem Land erprobte System der Eigenverantwortung (*chengbaozhi*) wurde schrittweise auch im Dienstleistungsbereich und in der Industrie eingeführt, wobei in letzterem Sektor ein Nebeneinander von Planvorgaben und Marktorientierung (*shuangguizhi*) etabliert wurde (s. Schüller 2005: 42). Wie in der Landwirtschaft entstanden so auch im Bereich der industriellen Produktion Güter zu staatlich festgelegten (und subventionierten) sowie zu marktbestimmten Preisen – ein System, das bald an seine Grenzen stoßen musste. Zunächst noch verhalten und aufgrund fortbestehender ideologischer Vorbehalte vielfachen Beschränkungen unterworfen entwickelte sich über Klein- und Familienunternehmen schrittweise ein privatwirtschaftlicher Sektor, der dann ab den 1990er Jahren dynamisch an Bedeutung gewinnen sollte. ‚Nach den Steinen tastend den Fluss durchqueren‘ – dieses von Deng Xiaoping stammende Bild beschreibt treffend die ersten Reformjahre, in denen noch versucht wurde, die sozialen Versprechen des Sozialismus mit den Wohlstandsheißungen des Kapitalismus in Einklang zu bringen.

Wirtschaftspolitische Weichenstellungen

Doch kristallisierten sich nach einem Jahrzehnt die inneren Widersprüche immer klarer heraus. Die Kosten für die Subventionen in Landwirtschaft und Industrie überstiegen nicht nur die Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte, sondern auch der vier großen Staatsbanken, die durch platzende Kredite an unrentable SOEs in Schieflage gerieten. Die 1992 auf dem 14. Parteitag der KPCh proklamierte ‚sozialistische Marktwirtschaft‘ bedurfte harter ordnungspolitischer Maßnahmen. Der Staat zog sich immer mehr aus der Unternehmerrolle zurück, den SOEs wurde die Verantwortung für Erfolg und Misserfolg ihrer Arbeit übertragen – einschließlich der Möglichkeit, Arbeitskräfte zu entlassen. Ab Mitte der 1990er Jahre begann eine radikale Verkleinerung des SOE-Sektors, durch Überführung in genossenschaftliche Organisationsformen, Aktiengesellschaften, Privatunternehmen oder auch durch Schließung. Beschäftigte der Staatssektor 1995 noch rd. 76 Prozent der Angestellten in den Städten, waren es 2005 nur noch 26 Prozent (NBS 2006: 5-4). Insgesamt wurden mehr als 30 Millionen Arbeitskräfte freigesetzt, was fast der Hälfte der Angestellten in den Städten entsprach (vgl. Naughton 2007: 184).

radikale Verkleinerung des SOE-Sektors

Abbildung 1: Jährliche Wachstumsraten 1978-2007 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung, Daten National Bureau of Statistics China

jährliche Wachstumsraten von bis zu 15 Prozent mit galoppierenden Inflationsraten von über 20 Prozent

Die „Reform ohne Verlierer“ (Lau et al. 2000) gelangte mit der fortschreitenden Privatisierung und Marktorientierung an ihr Ende. Zugleich setzte mit diesen Reformen ein beispielloser, bis zur Überhitzung reichender Boom mit jährlichen Wachstumsraten von bis zu 15 Prozent ein – mit galoppierenden Inflationsraten von über 20 Prozent als Begleiterscheinung. Durch die nachdrückliche Stärkung makroökonomischer Steuerungsmechanismen, insbesondere durch finanzpolitische Maßnahmen wie den Aufbau eines effektiven Steuerwesens, Zinspolitik, Kreditverknappung und Geldmengenbegrenzung gelang es Dengs Nachfolgern Jiang Zemin und Zhu Rongji, die konjunkturellen Ausschläge in ein sich verstetigendes Wachstum in einem Korridor zwischen acht und zwölf Prozent bei kontrollierten Inflationsraten von deutlich unter fünf Prozent zu überführen (s. Abbildung 1). Waren diese ökonomischen Reformen wesentliche Voraussetzungen für den Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001, haben sich die Anforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft weiter verstärkt. Die staatliche Protektion unproduktiver Wirtschaftsbereiche wird seither schwieriger, auch wenn gerade im Bereich der Unternehmen im Kollektivbesitz die Verbindungen in den politischen Bereich weiter eng sind, was auch vielen weniger rentablen Staatsunternehmen das Überleben sichert. Chinas Volkswirtschaft weist damit noch staatsbürokratische Züge auf, ist auch weiterhin noch stark in kleinteiligen Unternehmen fragmentiert, was sich in einer vergleichsweise kleinen Zahl privater Erfolgskonzerne wie dem Computer- und Kommunikationsunternehmen Lenovo oder dem Haushaltsgerätehersteller Haier zeigt. Insgesamt aber dürften die Reformen seit 1978 China unumkehrbar auf den Weg Richtung Marktwirtschaft gebracht haben.

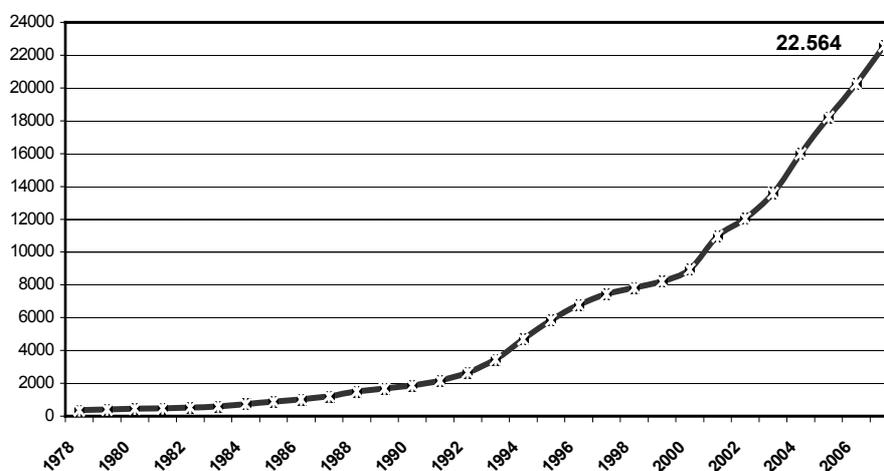
Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001

seit 1978 unumkehrbar auf dem Weg Richtung Marktwirtschaft

3. Chinas Wirtschaft – Fakten und Faktoren

Beflügelt von den oben skizzierten Reformen kann die chinesische Wirtschaft auf ein seit nunmehr drei Jahrzehnten anhaltendes dynamisches Wachstum von durchschnittlich zehn Prozent pro Jahr zurückblicken. 2008 wird Chinas Bruttoinlandsprodukt (BIP) die Marke von 3 Billionen US-\$ überspringen und sich das Land als eine der drei größten Volkswirtschaften der Welt etablieren.

Abbildung 2: Chinas Bruttoinlandsprodukt 1978-2007 (in Mrd. RMB)



Quelle: Eigene Darstellung, Daten National Bureau of Statistics of China

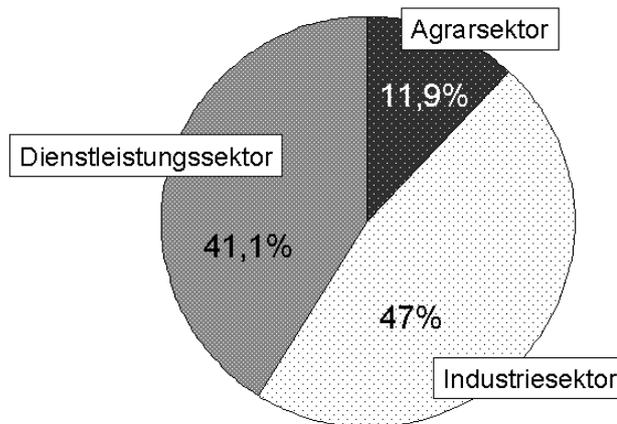
Bezogen auf eine Bevölkerung von rd. 13 Mrd. Menschen ergibt dies in 2007 einen durchschnittlichen Pro-Kopf-Anteil am BIP von ca. 2 200 US-\$ im Jahr, was etwa 5 Prozent des Vergleichswertes in den USA bzw. 7 Prozent in Deutschland entspricht. Betrachtet man – wie etwa die Weltbank oder das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen – diese Verteilung nach der Kaufkraftparität, also danach, wie viele Güter und Dienstleistungen für einen US-Dollar in China gekauft werden können, ergibt sich ein günstigeres Bild, nämlich ein Wert von US-\$ 6 757 (s. UNDP 2007: 230).⁷ Damit hat China seit Beginn der Reformen den Lebensstandard im Land deutlich steigern und die Armutsrate dramatisch senken können. Nach dem jüngsten Human Development Report (UNDP 2007: 238) ging der Anteil der in absoluter Armut lebenden Chinesen (Einkommen von weniger als einem US-\$/Tag) auf 9.9 Prozent im Jahr 2005 zurück, verglichen mit rd. 64 Prozent im Jahr 1980⁸ und leistete damit einen erheblichen Beitrag zur weltweiten Armutsreduzierung. Auf dem Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index, HDI) rückte China 2007 mit einem Wert von .777 auf Platz 81 von 177 erfassten Ländern und damit in die Spitzengruppe der ‚Länder mittlerer Entwicklung‘ vor (UNDP 2007: 230).

China hat seit Beginn der Reformen den Lebensstandard im Land deutlich steigern und die Armutsrate dramatisch senken können.

Die Bedeutung der Wirtschaftssektoren

Industriesektor Hauptträger des chinesischen Wirtschaftsaufschwungs war und ist der Industriesektor (Sekundärsektor), der seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt kontinuierlich auf rd. 47 Prozent, davon ca. 5,5 Prozent im Bausektor, steigerte. Dabei machen die Zuwächse in der industriellen Produktion seit Jahren fast zwei Drittel des gesamten Wirtschaftswachstums aus. Der Industriesektor ist – dank massiver Kapitalinvestitionen und forciertem Technologieeinkauf/-transfer aus der Kooperation mit dem Ausland bzw. aus *joint ventures* – hochproduktiv und beschäftigt 23,8 Prozent der in einem Anstellungsverhältnis stehenden rd. 758 Millionen Chinesen.⁹ Dank auch gezielter Industrieförderung (s.u.) gelingt es China seit den 1990er Jahren immer größere Anteile der weltweiten Produktion ins Land zu ziehen. Allerdings ist China längst nicht mehr die Werkbank der Welt, wo ausländische Unternehmen günstig produzieren lassen, um im eigenen Land hohe Gewinnmargen zu erzielen. China ist in einer ganzen Reihe von Bereichen wie bei Kleidung und Textilien, Mikro-, Kommunikations- und Unterhaltungselektronik, Spielwaren sowie praktisch allen arbeitsintensiven Bereichen Weltmarktführer und wird in Zukunft – etwa auf dem Automobil- oder dem Flugzeugmarkt – etablierte Akteure bedrängen.¹⁰

Abbildung 3: Chinas Wirtschaft nach Sektoren (2005)



Quelle: Eigene Darstellung; Daten Weltbank 2008

Dienstleistungssektor Anders verhält es sich noch im Dienstleistungssektor (Tertiärsektor). Hier stagniert die Zahl der Beschäftigten bei 31,4 Prozent, während der relative Beitrag zum BIP sich nach und nach auf knapp 41 Prozent steigern konnte. Die substantiellen Steigerungen bei den Dienstleistungen vollzogen sich insbesondere in den 1980/90er Jahren, während derer der große Nachholbedarf aus der Mao-Zeit gedeckt werden musste. Das Wachstum spielte sich insbesondere in kleinteiligen, personalintensiven Dienstleistungsunternehmen im Handel, bei Restaurants, Friseur- und Kosmetikbranche, privaten Sicherheitsunternehmen etc. ab, wo menschliche Arbeitskraft zu nach wie vor niedrigen Löhnen vergütet wird.

Im Gegensatz zum Industriesektor konnten Dienstleistungen in hochqualifizierten Schlüsselbereichen wie Finanzen, Transport, Logistik etc. bislang kaum von ausländischem Kapital und Know-how profitieren, weil hier bis in die Gegenwart staatliche Vorgaben und Ansprüche dominieren.

Das Schlusslicht der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas bildet der Agrarsektor (Primärsektor), der mit 44,8 Prozent zwar fast die Hälfte der Arbeitskräfte absorbiert, aber bei geringem Wachstum nur zu einem guten Zehntel zum BIP beiträgt. Der Agrarsektor ist traditionell kleinteilig strukturiert und unterkapitalisiert, mit menschlicher Arbeitskraft (und Nutztieren) als dem entscheidenden Produktionsfaktor.

Agrarsektor

Verflechtung mit dem Ausland

Der Ausbruch aus der durch Maos Autarkiestreben verursachten politischen und ökonomischen Isolation und die Hinwendung zur Weltwirtschaft bildete neben den inneren Reformen von Beginn an die zweite tragende Säule des chinesischen Transformationsprozesses. Im Reformjahr 1978 war klar, dass ein wirtschaftlicher Neuanfang in China angesichts der vielfältigen Rückständigkeiten in hohem Maße auf technologisches und ökonomisches Know-how sowie Geld aus dem Ausland in Form von *Foreign Direct Investment* (FDI) angewiesen war. Die ab 1979 im Süden Chinas eingerichteten Sonderwirtschaftszonen,¹¹ wirkten denn zunächst als Versuchslaboratorien, in denen jedoch bald sehr erfolgreich *joint ventures* mit ausländischen Firmen eingeübt und erste erhebliche ausländische Direktinvestitionen eingeworben wurden. Seit Anfang des 21. Jahrhunderts ist China zusammen mit den USA Spitzenreiter bei der Anwerbung ausländischen Kapitals; 2005 betrug die Gesamtsumme des realisierten FDI in China US-\$ 60,3 Mrd. (NBS 2006: 18-16) Dabei stammt mehr als die Hälfte des Aufkommens aus der asiatischen Region (in Mrd. US-\$: Hongkong: 18; Japan: 6,5; Südkorea 5,2), gefolgt von Steueroasen wie den Virgin Islands (9 Mrd.) oder den Cayman Islands (1,9 Mrd.). In Europa ist Deutschland mit rd. 1,5 Mrd. US-\$ der größte europäische Investor in China. Die so im Laufe der Transformationsperiode in China entstandenen 260 000 mit ausländischem Kapital ausgestatteten Unternehmen sind in ihrer überwiegenden Zahl im Bereich der produzierenden Industrie angesiedelt, während der Dienstleistungs- und insbesondere Finanzbereich sich nur zögerlich und unter dem Druck der WTO-Regeln seit 2001 öffnete (vgl. Naughton 2007: 419f.). Trotz hoher jährlicher Zuflüsse an FDI geht die Bedeutung dieser Mittel für das chinesische Wachstum allerdings zurück. Machten sie in der Mitte der 1990er Jahre noch bis zu sechs Prozent des gesamten BIP aus, bewegt sich ihr Anteil seit einigen Jahren in einem Bereich zwischen 2 und 3 Prozent. Die für das Wachstum erforderlichen Investitionsmittel werden zum ganz überwiegenden Teil aus einheimischen Rücklagen finanziert.

Foreign Direct Investment
Sonderwirtschaftszonen

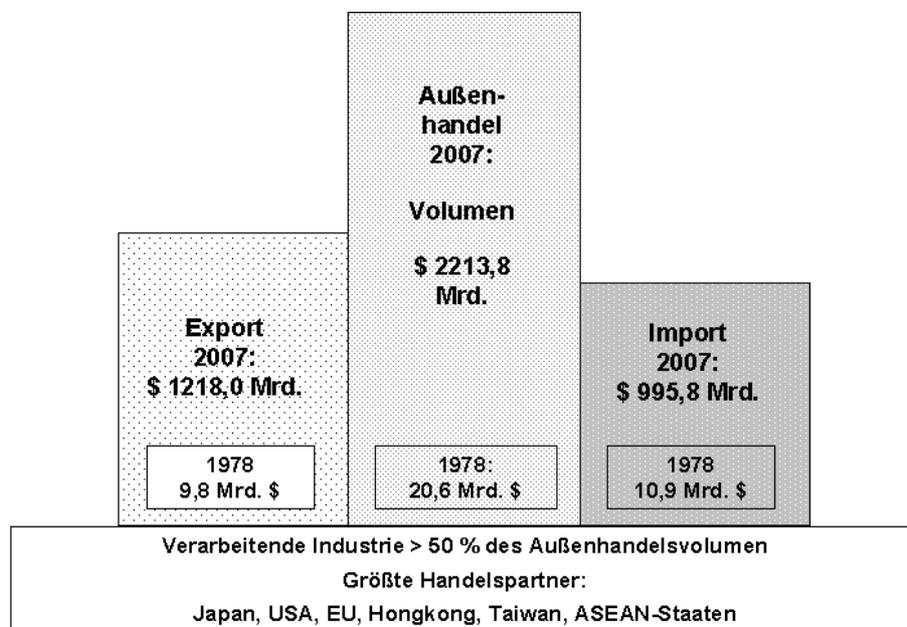
Mit geradezu explodierenden Wachstumsraten präsentiert sich der Außenhandel, der 2007 mit über US-\$ 2,2 Billionen einen neuen Rekord erreichte (s. Abb. 4). Mehr als zwei Drittel des chinesischen BIP hängen so direkt mit den auswärtigen Handelsbeziehungen Chinas zusammen, wobei die ständig wachsenden Handelsbilanzüberschüsse (2007: US-\$ 262 Mrd.) auch auf eine zunehmende Abhängigkeit der chinesischen Wirtschaft vom Export verweisen. Der

explodierende
Wachstumsraten im
Außenhandelzunehmende Ab-
hängigkeit der Wirt-
schaft vom Export

im Nahrungs-, Rohstoff- und Energiebereich ist China seit anderthalb Jahrzehnten Nettoimporteur

starken Produktionsorientierung der chinesischen Wirtschaft entsprechend, sind mehr als 90 Prozent der Exporte Industrieprodukte (Maschinen, Elektronik, Textilien), während mehr als ein Drittel der chinesischen Importe aus Primärgütern wie Getreide, Rohstoffen und Energie besteht. Gerade im Nahrungs-, Rohstoff- und Energiebereich ist das durchaus nicht ressourcenarme China seit anderthalb Jahrzehnten zum Nettoimporteur geworden, weil die eigenen Reserven die Bedürfnisse einer rasant wachsenden Wirtschaft nicht mehr erfüllen können.¹² Die so von China aber auch anderen aufstrebenden Nationen wie Indien ausgehende Mehrnachfrage auf dem Weltmarkt, hat zu höheren Herstellungspreisen auch in China geführt, was im Land zu einem deutlichen Wiederanstieg der Inflation auf rd. 6,5 Prozent, im Nahrungsmittelbereich teils bis zu 25 Prozent führte.

Abbildung 4: Chinas Außenhandel



Quelle: Eigene Darstellung, Daten NBS 2006; China Customs Office 2008

Die Außenhandelsbilanzen differieren indes stark zwischen Chinas Partnern. Insbesondere die USA mit ihrer hohen Nachfrage nach chinesischen Verbrauchsgütern tragen bei vergleichsweise geringen eigenen Absätzen in China wesentlich zu den Überschüssen bei (2005: 114 Mrd. US-\$ bei einem bilateralen Handelsvolumen von rd. 212 Mrd.; NBS 2006: 18-8).¹³ Auf niedrigerem Niveau, aber noch beachtlich tragen die übrigen Industrieländer zu Chinas Handelsüberschüssen bei (Deutschland 2005: rd 1,5 Mrd. US-\$ bei einem bilateralen Handelsvolumen von 63,3 Mrd. US-\$). Demgegenüber tritt China vor allem in der asiatischen Region als Großkunde auf und beschert damit seinen Nachbarn teils deutliche Bilanzüberschüsse (Taiwan rd. 58, Südkorea rd. 42, Japan rd. 13, Malaysia rd. 10 Mrd. US-\$; NBS 2006: 18-8).

China ist mit seinen zunehmend wettbewerbsfähigen Produkten zu einem der großen Gewinner der Globalisierung geworden. Dazu haben wirtschaftspolitische Weichenstellungen ebenso beigetragen wie die Fähigkeit der zügigen Adaptation seiner Produktion an den weltweiten Technologiefortschritt, der zum einen über *joint ventures*, zum anderen aber auch durch erhebliche Verstöße gegen geistiges Eigentum (Kopieren) ins Land geholt wurde. Insbesondere der Privatsektor ist zur entscheidenden Plattform der wirtschaftlichen Entwicklung geworden und trägt – in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen von der Aktiengesellschaft über Privatunternehmen bis hin zu Selbständigen – rd. zwei Drittel zum BIP bei. Gleichwohl hat der chinesische Aufschwung auch eine Reihe von Problemen bewirkt, deren Bewältigung eine wesentliche Voraussetzung für die weitere positive Entwicklung Chinas ist.

Gewinner der Globalisierung

der Privatsektor ist zur entscheidenden Plattform der wirtschaftlichen Entwicklung geworden

4. Grenzen und Gefahren

Die nach wie vor starke Ausrichtung der chinesischen Volkswirtschaft an der Industrieproduktion folgt klaren politischen Prioritäten, die – durchaus in einer gewissen Fortsetzung der Bemühungen aus der Vor-Reform-Ära – stets dem industriellen Fortschritt Vorrang vor der Entwicklung des Dienstleistungs- und Agrarsektors eingeräumt hat. Zugunsten größerer Wachstumsraten werden Industrieunternehmen günstigere Kredite zugeteilt, die Kosten für Energie, Wasser, Strom etc. niedrig gehalten, was tendenziell zur ineffizienten Nutzung und Verschwendung dieser Ressourcen führt und schlussendlich zu der grassierenden Umweltzerstörung in China beiträgt (s.u.). He und Kuijs (2007: 9) verweisen in einer Studie für die Weltbank darauf, dass China für die Herstellung einer Produkteinheit 4,5 mal mehr Energie verbraucht als die USA bzw. 7,5 mal mehr als Japan. Als weltgrößter Produzent von Schwefeldioxid wird China bald auch im CO₂-Bereich an den USA vorbeiziehen. Das industrielle Wachstum ist kapitalintensiv und wird stärker von Produktivitätssteigerungen als durch Ausdehnung der Beschäftigung getragen, was auch in Chinas Industrie über kurz oder lang zu *jobless growth* führen könnte.

grassierende Umweltzerstörung

Zu den Begleiterscheinungen des chinesischen Wirtschaftswachstums gehört seit langem eine starke soziale Disparität zwischen den Städten und dem Land aber auch zwischen den wirtschaftlich starken Küstenprovinzen im Osten und Süden und dem rückständigen Zentral- und Westchina. Während in den Boomregionen im Osten die Politik im Kampf gegen Überhitzungstendenzen und ungezügelteres Wachstum kaum nachkommt, bleiben die Modernisierungskampagnen im Westen noch ohne greifbare Erfolge. Ein – trotz handfester Maßnahmen zur Eindämmung der Binnenmigration – gewaltiges Heer von rd. 150-200 Millionen Wanderarbeitern drängt auf der Suche nach Arbeit in die Städte, um dort jedoch oft genug nur *from rural poverty to urban poverty* zu gelangen (Zhang 2007).

jobless growth

starke soziale Disparität zwischen den Städten und dem Land

Wanderarbeiter

from rural poverty to urban poverty

Umweltzerstörung

Die durch rücksichtslose Wachstumsorientierung ausgelöste Umweltzerstörung nimmt in einer Reihe von Regionen existenziell bedrohliche Ausmaße an. Giftige Einleitungen in Flüsse, Schadstoffemissionen, aber auch Bodenerosion

und Überdüngung tragen zur systematischen Zerstörung der Lebensgrundlagen in China bei. Eine gemeinsam von der chinesischen Umweltschutzbehörde SEPA und der Weltbank vorgelegte Studie beziffert – je nach den zugrundegelegten Berechnungsmodellen – die volkswirtschaftlichen Schäden durch die Verschmutzung von Luft und Wasser zwischen 2,68 und 5,78 Prozent des BIP (SEPA 2007: xvii). SEPA-Vizeminister Pan Yue sieht gar alle volkswirtschaftlichen Gewinne der letzten Jahrzehnte durch die Umweltkosten aufgezehrt (Pan 2006). Pro Jahr soll die Umweltverschmutzung bis zu 750 000 Todesopfer fordern (Financial Times China vom 3. Juli 2007).

Gesetze zum Schutz
des Eigentums
Maßnahmen zum
Schutz der Arbeiter
vor Ausbeutung
Korruption

Die politische Führung Chinas hat längst begonnen, aus diesen bedrohlichen Begleiterscheinungen Konsequenzen zu ziehen. Gesetze zum Schutz des Eigentums wurden ebenso auf den Weg gebracht wie Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter vor Ausbeutung bis hin zu modernen Umweltschutzbestimmungen. Allerdings sorgt eine alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zersetzende Korruption dafür, dass diese Vorgaben immer wieder unterlaufen werden.¹⁴ Die Bekämpfung dieses Krebsgeschwürs ist die wichtigste, vielleicht aber auch die aussichtsloseste Aufgabe, vor der die politische Führung Chinas steht (vgl. Liu 2007).

Dabei steht für das politische System der Volksrepublik nicht weniger auf dem Spiel als die Akzeptanz des Herrschaftsanspruchs der Kommunistischen Partei – dreißig Jahre nach Beginn der Reformen stehen Staats- und Parteichef Hu Jintao und seine Mannschaft vor dem Problem der Diskreditierung ihrer Fähigkeiten zur Führung des Landes. Soziale Lage, Umweltzerstörung und Korruption sind die wichtigsten Faktorenbündel für immer zahlreichere und größere Unmutsäußerungen in China (s. Schucher 2006; Willmann 2006). Trotz aller Erfolge wird die Volksrepublik also um einige Kurskorrekturen nicht umhinkommen.

5. Wie geht es weiter? Perspektiven des künftigen Transformationsprozesses

eine Gesellschaft
von allgemeinem,
bescheidenem
Wohlstand

Den Ernst der Lage hat die Kommunistische Partei bereits seit einiger Zeit erkannt. Auf ihrem 16. Parteitag im Jahr 2002 legte sie ein Programm vor, das in China bis zum Jahr 2020 eine Gesellschaft von allgemeinem, bescheidenem Wohlstand (*xiaokang*) etablieren soll. Mit diesem Versprechen verbunden ist allerdings auch eine Vervierfachung des im Jahr 2000 erzielten chinesischen BIP, was ein ununterbrochenes jährliches Wachstums von sieben Prozent impliziert. Mit der von Hu Jintao auf dem 17. Parteitag im Oktober 2007 ausgerufenen ‚wissenschaftlichen Entwicklung‘ (*kexue fazhanguan*) soll das weitere erforderliche Wachstum mit größerer ökologischer Nachhaltigkeit verbunden werden (Hu 2007: Kap 3). Unter dem Eindruck der dokumentierten Umweltzerstörung hat China massive Anstrengungen zur Realisierung eines ‚Green GDP‘ unternommen (s. Steinhardt/Jiang 2007)

Green GDP

Hierzu wäre zuallererst ein Strukturwandel geeignet, der den Fokus von der kapital- und ressourcenzehrenden Industrieproduktion auf den Dienstleistungs-

sektor verlagert. Ein solcher Trend wird auch dadurch erforderlich, dass zunehmende Produktivität das Beschäftigungswachstum im Industriesektor begrenzt. Daher ist der Dienstleistungssektor dafür prädestiniert, den wachsenden Druck von freiwerdenden Arbeitskräften aus dem Agrarsektor zu kompensieren. Für einen solchen Strukturwandel wären massive Investitionen in Erziehung, Bildung und Forschung ebenso erforderlich wie eine den tatsächlichen Umweltkosten angemessene Belastung der Industrie bei ihrem Ressourcenverbrauch. Eine Verteuerung der *input*-Faktoren hätte neben den Umweltaspekten zudem den Vorteil eines ausgeglicheneren, spannungsärmeren Wettbewerbs mit Europa und den USA. Erforderlich bleiben aber auch weiter Verbesserungen der desolaten Energieeffizienz sowie deutliche Investitionen in erneuerbare Energien – ein Bereich, in dem China intensiv mit Deutschland kooperiert. China könnte sich hierbei an Taiwan orientieren, das rd. 75 Prozent seines BIP im Dienstleistungssektor und knapp über 20 Prozent in einem topmodernen und umweltverträglichen Industriesektor erwirtschaftet.

In der weiteren Perspektive wird die Volksrepublik jedoch nicht umhinkommen, den von Deng Xiaoping angestoßenen Modernisierungen auch politische Reformen folgen zu lassen. Der Dezentralisierung wirtschaftspolitischer Verantwortung wird über kurz oder lang auch eine größere Partizipation der betroffenen Bevölkerungsgruppen folgen müssen. Die in drei Jahrzehnten gewachsene Komplexität in Chinas Wirtschaft und Gesellschaft ist nicht länger durch zentrale Kontrolle von oben zu steuern.

politische Reformen

größere Partizipation der betroffenen Bevölkerungsgruppen

Chinas ökonomische Transformation steht also vor neuen Weichenstellungen. Angesichts seiner bisherigen Anpassungsfähigkeit an neue Erfordernisse dürfte zu erwarten sein, dass es auch die genannten Probleme meistert. China bleibt damit eine echte Herausforderung für die etablierten Industrienationen.

Anmerkungen

- 1 s. Weltbank 2008: 8
- 2 Schätzungen der Weltbank gehen für 2008 von einem Anstieg der Devisenreserven auf US-\$ 1,987 Billionen aus. s. Weltbank 2008: 9
- 3 s. The China Post vom 6. Februar 2008. Hervorgehoben wurden diese Erfahrungen insbesondere in Bezug auf Afrika, wo China sein Engagement seit geraumer Zeit intensiv ausbaut.
- 4 Zu dem in der chinesischen Geschichtsschreibung so bezeichneten Jahrhundert der Schande gibt es mannigfache Literatur. Hier sei empfehlend auf Fairbank 1991 verwiesen.
- 5 zu diesem Abschnitt der Geschichte Chinas s. Fairbank/Goldman 1998: Part Four
- 6 Die ‚Katzentheorie‘ (*heimao baimao zhuyi*) ist benannt nach Dengs Diktum, wonach es egal sei, ob eine Katze schwarz sei oder weiß, Hauptsache, sie fange Mäuse.
- 7 Im Dezember 2007 legte jedoch das International Comparison Program (ICP) einen auf neuen Erhebungsmethoden beruhenden Bericht vor, nach dem der chinesische Lebensstandard mit US-\$ 4 091 nach PPP um rd. 40 Prozent niedriger angesetzt werden müsse als bislang angenommen. Zum Bericht s.: The World Bank 2007; http://siteresources.worldbank.org/ICPINT/Resources/ICPregionalsummaries_EAP.doc
- 8 Die Neuberechnungen des ICP haben auch hinsichtlich der Armutsquoten zu veränderten Einschätzungen geführt. Demnach wäre die absolute Armut in China zwischen 1980 und 2004 von 71-77 % auf 13-17 % zurückgegangen. S. Weltbank 2008: 22
- 9 Stand 2005; vgl NBS 2006: 5-2
- 10 Einen guten und aktuellen Überblick gibt das Sonderheft China 2007 der Wirtschaftswoche vom 1. Oktober 2007

- 11 Sonderwirtschaftszonen wurden in den Städten Shenzhen, Zhuhai, Shantou (Provinz Guangdong), Xiamen (Provinz Fujian) eingerichtet. Später kam die Inselprovinz Hainan hinzu.
- 12 Zum Verbrauch Chinas im Bereich von Ressourcen s. Streifel 2007
- 13 Das Censusbüro der USA weist für das gleiche Jahr hingegen eine wesentlich größere Differenz von US-\$ 201 Mrd. auf (<http://www.census.gov/foreign-trade/balance/c5700.html#2005>), ein Unterschied, der vor allem auf unterschiedlichen Kalkulationen des Wertes der jeweiligen Güter beruht. Die USA und China nutzen diese unterschiedlichen Größenordnungen um ihre jeweiligen Positionen in der Diskussion um angemessene Wechselkurse zwischen US-Dollar und chinesischem Renminbi (RMB) zu untermauern.

Quellen und Literatur:

- Fairbank, John K. (1999): Geschichte des modernen China 1800-1985. München
- Fairbank, John King/Goldman, Merle (1998): China. A New History. Cambridge, Mass. and London, England
- He Jianwu/Kuijs, Louis (2007): Rebalancing China's Economy – Modeling a Policy Package. World Bank China Research Paper no 7. Washington
- He, Qinglian (2006): China in der Modernisierungsfalle. Hamburg
- Hu, Jintao (2007): Hold High the Great Banner of Socialism with Chinese Characteristics and Strive for New Victories in Building a Moderately Prosperous Society in All Aspects. Report to the 17th National Congress of the Communist Party of China on Oct. 15, 2007. verfügbar: http://news.xinhuanet.com/english/2007-10/24/content_6938749.htm
- Lau, Lawrence/Qian Yingyi/Roland, Gérard (2000): Reform without Losers: An Interpretation of China's Dual Track Approach to Transition. In: Journal of Political Economy (1): 120-143
- Liu Jen-Kai (2007): Korruption und Korruptionsbekämpfung in China – ein Kampf gegen Windmühlen. In: China aktuell (5): 70-95
- Naughton, Barry (2007): The Chinese Economy. Transitions and Growth. Cambridge, Mass. and London, England
- NBS National Bureau of Statistics of China (2006): China Statistical Yearbook. Beijing
- Pan, Yue (2006): Umwelt in China. Fast alles wieder verloren. In: Süddeutsche Zeitung vom 11. Dezember 2006
- Saich, Tony (2004): Governance and Politics in China. Houndmills and New York
- Schüller, Margot (2005): Vom Boom zur Nachhaltigkeit: Trendwende in der chinesischen Wirtschaftspolitik. In: Woyke, Wichard (Hrsg.) (2005): China – eine Weltmacht im Aufbruch? Königstein/Ts.
- Schucher, Günter (2006): Ein Gespenst geht um in China – das Gespenst sozialer Instabilität. In: China aktuell (5): 47-63
- Seitz, Helmut (2000): China. Eine Weltmacht kehrt zurück. Berlin
- State Environmental Protection Administration SEPA/The World Bank (2007): Cost of Pollution in China. Economic Estimates of Physical Damages. Beijing
- Steinhardt, H.-Christoph/Jiang, Yihong (2007): Die politischen Determinanten des chinesischen 'Green GDP'-Projekts. In: China aktuell (5): 25-39
- Streifel, Shane (2007): Impact of China and India on Global Commodity Markets. World Bank Working Paper. Washington
- The World Bank (2007): 2005 International Comparison Program. Preliminary Results. Washington
- United Nations Development Program UNDP (2007): Human Development Report 2007/2008. Fighting Climate Change: Human Solidarity in a Divided World. New York
- Willmann, Katrin (2006): Der Chemieunfall von Songhua und das Potenzial für soziale Proteste. In: China aktuell (1): 57-65
- World Bank Office (2008): Quarterly Update February 2008. Beijing
- Zhang, Mei (2007): From Rural Poverty to Urban Poverty: A Case Study in Shanxi. In: China aktuell (2): 9-38